



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 54. Ratssitzung vom 5. Juli 2023

2031. 2023/136

Weisung vom 22.03.2023:

Motion von Simone Brander und Pascal Lamprecht betreffend Aktualisierung des regionalen Richtplans betreffend Klimaschutz und Netto-Null-Ziel, Bericht und Abschreibung

Antrag des Stadtrats

- A. Vom Bericht betreffend Aktualisierung des regionalen Richtplans betreffend Klimaschutz und Netto-Null-Ziel wird Kenntnis genommen.
- B. Die Motion von Simone Brander und Pascal Lamprecht (beide SP), GR Nr. 2020/543 vom 2. Dezember 2020, betreffend Aktualisierung des regionalen Richtplans betreffend Klimaschutz und Netto-Null-Ziel wird als erledigt abgeschrieben.

Referat zur Vorstellung der Weisung / Kommissionsreferentin:

Brigitte Fürer (Grüne): *In der Motion wird verlangt, dass der regionale Richtplan angepasst wird: Klimaschutz und Netto-Null-Ziele seien aufzunehmen. Begründet wird das damit, dass mit dem strategischen Planungsinstrument «Regionaler Richtplan» eine klimaverträgliche Entwicklungsstrategie verfolgt werden soll. Der Klimaschutz und die Ziele zur Reduktion der Treibhausgasausstosse seien nicht im regionalen Richtplan berücksichtigt und deswegen sei er zu aktualisieren. Um der Klimaerhitzung entgegenzuwirken, muss der Ausstoss der Treibhausgase weltweit massiv gesenkt werden. Die Stimmbevölkerung hat im Jahr 2008 in der Abstimmung zur 2000-Watt-Gesellschaft ein Klimaziel in die Gemeindeordnung aufgenommen. Damit verbunden ist eine Reduktion des CO₂-Ausstosses auf jährlich eine Tonne pro Einwohner*in bis zum Jahr 2050. Um dieses Ziel zu erreichen, wurden die Planungsinstrumente in den vergangenen Jahren angepasst – so auch der regionale und kommunale Richtplan. Die Stadt bekennt sich zudem zum Pariser Abkommen. Darum beschloss der Stadtrat das Netto-Null-Ziel bis ins Jahr 2040, wozu die Stadtbevölkerung im Jahr 2022 klar «Ja» sagte. Die Stadtverwaltung soll zudem das gegenüber dem 2000-Watt-Ziel verschärfte Klimaschutzziel bis zum Jahr 2035 erreichen. Dafür sind diverse Massnahmen nötig, unter anderem sollen die vorhandenen Instrumente dahingehend überprüft werden, ob sie mit dem Klimaschutzziel kompatibel sind. Sollte das nicht der Fall sein, müssen sie angepasst werden. Für die Überprüfung ist das Amt für Städtebau (AfS) zuständig. Die vorliegende Motion nimmt das Thema Innenentwicklung auf. Die bauliche Innenentwicklung an mit dem Öffentlichen Verkehr (ÖV) gut erschlossenen Lagen ist bereits seit längerem ein raumplanerisches Ziel. Damit soll verhindert werden, dass die Landschaft weiter verbaut wird und durch die Siedlungsdichte soll die CO₂-Bilanz verbessert werden. Zusätzlich können die bestehenden Infrastrukturen besser ausgelastet werden, sodass Wärmeverbunde effizient betrieben werden können. Die bauliche Konzentration führt dazu, dass vieles im*



Alltag zu Fuss oder mit dem Velo erledigt werden kann. Zudem zeigen Studien, dass der Siedlungs- und Wohnflächenverbrauch und die Wohnfläche pro Kopf in dichten Siedlungen kleiner sind. Das gelingt nur bei einer Innenentwicklung mit einem hohen Qualitätsanspruch. Das heisst u.a., dass genügend Freiräume zur Verfügung stehen, die gut und zu Fuss erreichbar sind. Es heisst auch, dass preiswerte Wohnungen in der Stadt erstellt werden können. Die Richtplanung äussert sich auch zu für Netto-Null relevanten Sachbereichen. Das sind u.a. die Innenentwicklung oder die polyzentrische Stadtstruktur, die Ausrichtung der baulichen Entwicklung auf gut erschlossene ÖV-Lagen, die Priorisierung des effizienten Fuss- und Veloverkehrs, eine CO₂-neutrale Energieversorgung, die Sicherung von Grünraum und weitere. Der regionale Richtplan weist den Klimaschutz und Netto-Null nicht explizit, aber implizit aus. Der Stadtrat ist darum der Auffassung, dass eine Anpassung des regionalen Richtplans zum jetzigen Zeitpunkt nicht erforderlich sei. Zudem sind alle Dienstabteilungen verpflichtet, ihre Strategien, Fachplanungen usw. auf klimaschutzrelevante Handlungsmöglichkeiten und Netto-Null zu überprüfen und anzupassen. Das kann zu einem späteren Zeitpunkt zu einer Anpassung des regionalen Richtplans führen. Was in diesem städtischen Richtplan steht, ist nicht ganz frei, da er sich an den kantonalen Richtplan halten muss. In diesem ist Netto-Null seit November 2022 verankert. Die Kommission folgt einstimmig dem Stadtrat.

Weitere Wortmeldungen:

Snezana Blickenstorfer (GLP): Die Sachlage ist klar und doch gibt es einen Punkt, den die GLP ergänzen möchte. Der Stadtrat und die Verwaltung hatten mit dem vorliegenden Auftrag zwei Möglichkeiten: Die Schlussfolgerung, dass es einen expliziten Eintrag im Richtplan brauche oder aber, dass die Klimaschutzziele bereits implizit enthalten seien. Die Verwaltung hat sich für den einfacheren Weg entschieden und die Weisung im Sinne des Berichts vorgelegt. Der Richtplan sei bereits kompatibel mit Netto-Null und darum könne man die Sache abschreiben. Trotzdem findet der Stadtrat, dass es einen fortlaufenden Prozess der Überprüfung brauche. Das scheint ein Widerspruch zu sein und da werden wir genau hinsehen. Trotzdem stimmen wir der Weisung zu.

Pascal Lamprecht (SP): Griffige Massnahmen sind gegenüber blossen Verankerungen in Gesetzestexten zu priorisieren, was Letzteres aber nicht ausschliesst. Die Ziele zur Emissionsreduktion können durchaus in behördlich verbindlichen Erlassen verankert werden. Konkret sind das bspw. die polyzentrische Struktur, das Grünvolumen, die Vernetzung von Freiräumen und weitere. Die Massnahmen müssen griffig, gut und bekannt sein, und von den Dienstabteilungen gelebt werden. Zusätzlich müssen sie in der Bevölkerung akzeptiert sein. Dafür brauchen sie eine hohe Wirksamkeit und müssen umsetzbar sein. Die Dienstabteilungen und die Stadtverwaltung müssen kohärent agieren. Zuletzt müssen sie sozialverträglich sein, da sie sonst nicht überzeugen oder eine Zwei-Klassen-Gesellschaft generieren. Der Stadtrat soll seine Ressourcen ins Tagesgeschäft investieren und die Dienstabteilungen überprüfen. Darauf soll die Revision des regionalen Richtplans mit der Verankerung der Klimaziele folgen.



Marion Schmid (SP): *Es ist mir ein Anliegen, mich zu einem grundsätzlichen Punkt zu äussern: der Umsetzung von Netto-Null. Ich zitiere aus der Weisung: «Dafür hat der Stadtrat das Klimaschutzziel Netto-Null 2040 beschlossen, vgl. Stadtratsbeschluss 381/2021. Die Zürcher Stimmberechtigten haben einer entsprechenden Ergänzung der Gemeindeordnung am 15. Mai 2022 mit klarer Mehrheit zugestimmt. Das neue Klimaschutzziel ist eine Verschärfung des bisherigen 2000-Watt-Ziels in Bezug auf die Treibhausgasemissionen. Neu soll die Stadt bis 2040 klimaneutral werden. Die Stadtverwaltung soll das neue Klimaschutzziel bereits bis 2030 erreichen». Das Beschriebene ist falsch, das will ich hier festhalten. Dass die Stadt bis ins Jahr 2040 klimaneutral sein soll und die Stadtverwaltung bis ins Jahr 2035, war das ursprüngliche Ziel, das der Stadtrat dem Gemeinderat vorlegte. So zitiert die Weisung einen Stadtratsbeschluss vom April 2021. Dieser wurde in der Kommission beraten und massgeblich verschärft, besonders durch die Ergänzung von Artikel 3, in dem steht: «Die Stadt setzt sich das Ziel, sämtliche Massnahmen für die Reduktion der Treibhausgasemissionen in ihrem Einflussbereich bis 2030 umzusetzen, ausgenommen dem Bereich der Wärmeversorgung.» Das haben wir im Dezember 2021 beschlossen. Der Stadtrat unterstützte die Vorlage mit der Anpassung. Entsprechend stimmte die Stimmbevölkerung dem verschärften Klimaziel zu. Es ist irritierend, wenn in einer Weisung vom März 2023, ein Jahr nach einer erfolgreichen Abstimmung, ein falsches Zitat enthalten ist und auf einen Stadtratsbeschluss verwiesen wird, der über ein Jahr vorher gefasst wurde. Für diese Weisung ist das zwar nicht relevant, doch es schafft ein Unbehagen, sodass wir uns fragen, inwiefern die Verschärfung des Klimaziels wirklich in der Stadtverwaltung angekommen ist. An dieser Stelle möchte ich den gesamten Stadtrat auffordern, ihrem Auftrag gemäss Gemeindeordnung nachzukommen, diesen ernst zu nehmen und sich klar dazu zu bekennen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Hochbaudepartements Stellung.

STR André Odermatt: *Den Worten von Marion Schmid (SP) stimme ich zu. Für den Stadtrat ist klar, dass das Ergebnis der Volksabstimmung und der Gemeindeordnungsartikel samt ergänztem Artikel gilt. Die Stadtverwaltung ist aufgefordert, zusammen mit dem Stadtrat zu erörtern, wie die Stadt die Zahl bis ins Jahr 2035 erreichen soll. Viele Strategien sind in Überarbeitung. Das Ziel wird sehr ernst genommen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 1

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 1.

Zustimmung: Referat: Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium; Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Reto Brüesch (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Nicole Giger (SP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiwow (AL), Roger Suter (FDP), Deborah Wettstein (FDP) i. V. von Flurin Capaul (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 109 gegen 1 Stimme (bei 0 Enthaltungen) zu.



4 / 4

Schlussabstimmung über die Dispositivziffer 2

Die SK HBD/SE beantragt Zustimmung zur Dispositivziffer 2.

Zustimmung: Referat: Brigitte Fürer (Grüne), Präsidium; Dr. Mathias Egloff (SP), Vizepräsidium; Snezana Blickenstorfer (GLP), Reto Brüesch (SVP), Nicolas Cavalli (GLP), Marco Denoth (SP), Nicole Giger (SP), Jean-Marc Jung (SVP), Claudia Rabelbauer (EVP), Jürg Rauser (Grüne), Mischa Schiwow (AL), Roger Suter (FDP), Deborah Wettstein (FDP) i. V. von Flurin Capaul (FDP)

Der Rat stimmt dem Antrag der SK HBD/SE mit 110 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Damit ist in Übereinstimmung mit dem Stadtrat beschlossen:

1. Vom Bericht betreffend Aktualisierung des regionalen Richtplans betreffend Klimaschutz und Netto-Null-Ziel wird Kenntnis genommen.
2. Die Motion von Simone Brander und Pascal Lamprecht (beide SP), GR Nr. 2020/543 vom 2. Dezember 2020, betreffend Aktualisierung des regionalen Richtplans betreffend Klimaschutz und Netto-Null-Ziel wird als erledigt abgeschrieben.

Mitteilung an den Stadtrat sowie amtliche Publikation am 12. Juli 2023

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat